

Streitigkeiten zwischen zwei Bundesstaaten oder Verfassungstreitigkeiten in einem Staate. Aber die Thronfolge in den Einzelstaaten von einem Reichsgelehrten abhängig zu machen, das läßt sich wie eine Mediatisierung der Bundesfürsten aus und würde die schlimmsten Befürchtungen für die monarchistische Autorität hervorrufen. Also wollen wir ja in dem alten bundesrätlich-schiedsrichterlichen Geiste bleiben. Auch die beiden streitenden Parteien können nichts Besseres tun, als daß sie über die Gestaltung des Gerichts und die Formulierung der Frage sich unter einander und mit dem Reichskanzler und den Bundesratsauschüssen glatt und schnell verständigen. Aller Wahrscheinlichkeit nach kommt die Überweisung an das Reichsgericht in Frage, und damit können sich doch alle, die wirklich das Recht und nichts weiter suchen, ohne weiteres einverstanden erklären. Ebenso bedenklich wie Anrufung der Gesetzgebung wäre die Einsetzung eines Justizgerichts. Da konnte ja gleich der Bundesrat in seiner Plenarsitzung die Sache mit Mehrheit entscheiden. Daran ist aber nicht zu denken, da es sich um eine Rechtsfrage handelt, die nicht von Politikern, sondern nur von unbefangenen Richtern sachgemäß entschieden werden kann. Die „Post. Ztg.“, die sich für die gezielte Regelung bedenklich erhebt, führt heute aus der Geschäftsordnung des Reichsgerichts den Paragraphen an, der von einer schiedsrichterlichen Funktion des Reichsgerichts handelt. Darin ist alles Richtig vorgegeben; aber die „Post. Ztg.“ legt offenbar den Paragraphen falsch aus. Sie meint, es sei unbedingt ein Schiedsvertrag unter den Parteien nötig und dann hätten die zur Rechtsprechung berufenen neutralen Zivilisten erst zu entscheiden, ob das Reichsgericht berechtigt, mit oder ohne Bundesratsbeschluss, und mit oder ohne Parteivertrag ein schiedsrichterliches Verfahren einzuleiten, und das Reichsgericht hat über Annahme oder Ablehnung des Antrages nur dann selbst zu entscheiden, wenn die Parteien selbst den Antrag stellen, nicht aber, wenn der Reichskanzler ihn selbst stellt. Die Hauptbedenken sind zunächst wohl darin liegen, die richtige Abgrenzung und Formulierung der Fragen zu allseitiger Befriedigung zu finden. Aber man sollte denken, daß dies doch vor dem Zulammentritt des Reichstages wohl zu machen sein werde.

Am Montagabend sind in Jena ein Familienabend des Evangelischen Bundes statt, wobei Prof. Dr. Th. Müller über die Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Dresden, über seine Ziele und Aufgaben sprach. Wie die „Jen. Ztg.“ meldet, stellte der Redner mit bitterer Ironie fest, daß unter 307 Reichstagsabgeordneten bloß 1. schreibt einer, Mitglied des Evangelischen Bundes zu sein, wo das Zentrum Trumpf sei, wo dieses mit seinen sogenannten Toleranzanträgen seiner Herrschaft und damit seiner Intoleranz einen festen Boden schaffen wolle. Gegenüber der Intoleranz der Jesuiten und der ultramontanen Propaganda in protestantischen Ländern müßte es die Aufgabe sein, die Katholiken evangelisch zu machen. Nach der amtlichen „Reinhardt'schen Ztg.“ (Nr. 259) soll Professor Thümmel noch gefast haben: „Gegenüber der ultramontanen Propaganda bedente Toleranz nur den Ego des Gewinners, deshalb müßten wir auf unserem Posten sein. Trotzdem werde der Grund der evangelischen Sache noch manchen Ego ermitteln, deshalb bitten wir den Herrn der Kirche: Ach bleib mit deiner Gnade bei uns, Herr Jesu Christ.“ Diese Worte des Professors Thümmel verdienen wahrhaftig, dem katholischen Volke bekannt gemacht zu werden. Eine solche Sprache führt man auf einem Familienabend des Evangelischen Bundes, und dann redet man von Toleranz! Das heißt man meint nur die Toleranz, die die Katholiken den Protestanten gegenüber üben sollen. Die sternen Glaubensgenossen fordert man in jenen Reden auf, tolerant zu sein.

#### Der diesjährige Berliner katholische Vereinstag

Ein Wort mit dem Tönen des Kommandierenden, und die Trommler schlugen ihre dumpfen Hirbel zum Sturm im gleichen Schritt.

Man können sie den russischen Gewölben nicht mehr entziehen. Keine Landwelle mehr! Mein Baum oder Strauch mehr weit und breit. Und nun bin bin bin da domern sie schon herüber, die Feuerhände, ihre Granaten und Schrapnells auspeisend auf, nein noch nicht auf, sondern stets über die Reihen der Japaner hinweg. Eine einzige, ideale Linie ist eben nicht so leicht zu treffen, und da sich die Entfernung mit jeder Minute wesentlich ändert, weil die Schützenlinie meist im Vorwärts, im Sprung vorgeht, so verursacht das Entfernungsmaß und Umstellen der Pioniere den Massen große Schwierigkeiten und Unterbrechungen. Hin und wieder legt aber schließlich nun doch ein lauterer Stachelregen mitten in die aufstürmenden Reihen, und reißt einige Läden. Und jetzt beginnt auch die Artillerie das Feuer, nicht ohne Erfolg, denn bis auf 800 Meter sind die Japaner schon heran, die jetzt die immer größer werdende Gefahr erkennend trotz der vorausgehenden Straßenzüge ihr Sturmtempo noch beschleunigen und unter dem Hagel der Geschosse und dem betäubenden Donnern der Geschütze unaufhaltsam vorgehen.

Während unwohlt sie der Dampf der Geschütze, Strühend umzuden sie raschende Mähe.

Aber vorwärts geht es ohne Furcht und Grauen, man auch hier einer fallen zur Linken und da einer zur Rechten. „Vorwärts“ ist die einzige Losung. Tod oder Sieg!

Das Ziel ist erreicht. Der Berg ist mit dem Bajonett erstürmt, und nun muß auch mancher der Liebenden Russen auf dem „Felde der Ehre“ bleiben, ohne den Ruhm des Sieges, den Preis für alle die unbeschreiblichen Mühen und Entbehrungen.

Die Hebermacht der Japaner, die ihr Gros dicht hinter sich haben, hat wieder eine wichtige Position erobert, und wenn sie auch die Verfolgung des abziehenden Feindes in der Richtung auf seine Hauptmacht zu nicht wagen dürfen, sie haben eine russische Batterie erobert, eine Anzahl Feinde getötet und verwundet, einige auch gefangen genommen, und — die Stellung, diese feste Stellung haben sie inne.

Man kann das Gros nachrücken und sich hier vorbereiten auf eine entscheidende Schlacht. Wie viel aber ist schon entschieden durch solch ein Vorpostengefecht!

det am Dienstag, 22. d. M., abends im großen Saale der Brauerei Friedrichshain statt. Hervorragende Redner, nämlich der Landtagsabgeordnete Rektor Jaks aus Breslau und der durch seinen Eifer und seine Erfolge im Kampf gegen den Alkohol rühmlichst bekannte Pfarrer Kapiga aus Tichau in Oberschlesien, werden über sehr aktuelle Fragen, „Die konfessionelle Volksschule“ und „Alkohol und Nützlichkeit“ Vorträge halten.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ stellt gegenüber der Meldung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ von einem Wechsel im bayerischen Kriegsministerium fest, daß diese Meldung jeglicher Grundlage entbehrt. Ebenso stellen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ fest, daß die Zeitungsmeldungen über einen beabsichtigten Rücktritt des Ministers Freiherrn v. Zeilich unbegründet sind.

Das preussische Abgeordnetenhaus hatte sich am Montag mit dem Antrag des konservativen Abgeordneten Freiherrn v. Willisen zu befassen, der für die Militärausgaben völlige Gleichstellung im Gehaltsystem mit den Zivilbeamten fordert. Finanzminister v. Rheinbaben machte darauf aufmerksam, daß dies eine Mehrausgabe von jährlich 5 Millionen hervorbringe würde; wohl treten jetzt die Militärausgaben fünf Jahre später als die Zivilausgaben in den Bezug des Höchstgebaltens, aber die Militärausgaben hätten geringere Ausgaben für die Vorbildung und manche Bevorzugungen in den ersten Jahren ihrer Zivildienstzeit. Minister v. Hammerstein ergänzte dies noch dahin, daß auch die Pensionsträger der Militärausgaben berechnungen und er kein Mittel habe, um die Gemeinden zu zwingen, das Gehaltsystem für die bei ihr angestellten Militärausgaben zu mindern. Die Redner sämtlicher Parteien, darunter vom Zentrum der Abgeordnete Schmidt-Warburg, sprachen sich für eine Kommissionsberatung des Antrages aus. Das Haus beschloß demgemäß, daß die Beratung zahlreicher Petitionen, namentlich von mehreren Justizbeamten um Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse, sehr warm nahm sich derselben der Abgeordnete Warr (Zentr.) an. Darauf vertagte sich das Haus am 21. November, um der Kommissionszeit zu geben, ihre Arbeiten zu beschleunigen; diese hofft, bis 17. November die erste Lesung beendigt zu haben. Vor Weihnachten soll noch der schriftliche Bericht erdienen.

Dem antisemitischen Dreischraffen Pädler ist in Berlin ein schändliches Verbrechen begangen; er hat kürzlich in einer Berliner Kabalettsammlung aufgeführt, die Juden zu bestechen und widerzuzahlen. Man spreche er kürzlich im „Hotel de Rome“. Als er darauf das Selbstbild betrat, stellte sich ihm ein anderer Gast des Hotels, der Journalist L., aus der Provinz entgegen und hielt mit seinem Schwert mächtig auf den eckeltesten Grafen ein. Er dieht sich wehren konnte, war das Hotelpersonal herbeigezogen und trennte die Kämpfer. Der Angreifer erklärte, er als Jude sei, als er erfuhr, daß der sich entfernende Gast Graf Pädler wäre, herab von Blut erlöst worden, daß er umbringen möchte. Der Graf, der nur eine blutige Dürnkammer davontung wollte, noch gegen die Juden loszuwettern. Dies gelang ihm aber nicht. Die Hotelgäste, die der Szene beobachteten, nahmen gegen ihn Partei. Aber am nächsten Abend sang in einer Bekanntheit der „Dreischraffen“ noch heftiger gegen die Juden los. Aus Interesse nur, wie die Berliner Judenblätter ob dieses Mutes eines der übrigen nicht nur kein Wort des Tadels finden, sondern sehr erfreut dies Vorkommnis melden; dagegen entrufen sie sich sehr über die zwei Chreigen, welche General Andre erhalten hat. Wir verurteilen beide Vorkommnisse; denn ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden besteht nicht.

#### Oesterreich-Ungarn.

Die Internationale Ausstellung für Spiritusverwertung wurde heute geschlossen. Nach der Eröffnungsansprache des Handelsministers sprach Staatssekretär Graf Kosidowski die Forderung dieses volkswirtschaftlich so wichtigen Unternehmens Namens der deutschen Reichsregierung, sowie den deutschen Ausstellern den aufrichtigsten Dank aus. Zwischen der Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel bestanden nicht nur in Deutschland, sondern überall ziemlich weit auseinandergehende Interessen, aber es sei eine erfreuliche Erscheinung, daß gerade auf dem zweifachen Gebiete der Spiritusindustrie die Interessen durchaus harmonisch seien. Die gewerbliche Verwertung des Spiritus sei diejenige, die der Menschheit am meisten zum Wohle gereiche, am wenigsten schade. (Lebhafter Beifall.)

Der Vizebürgermeister von Innsbruck, Erler, und der Obmann der Volkspartei, Derichatta, erschienen am 6. d. M. im Ministerium zur Besprechung der Innsbrucker Vorgänge mit dem Ministerpräsidenten und dem Unterrichtsminister. Erler verlangte zur Verhütung der Bevölkerung die Aufhebung der italienischen Fakultät und die Abberufung des Statthalters. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung könne diesen Forderungen nicht entsprechen; die italienischen Studenten, welche sich zu Revolventen hinrichten ließen, werde für ihr sträfliches Verhalten die volle Wucht des Gesetzes treffen. Was die italienischen Kurse anlangte, bedeuteten die zunehmenden Verfügungen eine wesentliche Verbesserung gegenüber den früheren. Nach dem jetzigen Stande der Dinge könne die Regierung vor den Agitationen und Demonstrationen nicht zurückweichen, sondern würde erst der Stadt Innsbruck die Ruhe wiedergeben, um selbst in Ruhe weitere Vorkehrungen erwägen zu können. Auch gegenüber Derichatta, welcher hauptsächlich die Notwendigkeit der Schließung der italienischen Fakultät betonte, erklärten der Ministerpräsident und der Unterrichtsminister, an dem eingenommenen Standpunkte festhalten zu müssen.

Die Innsbrucker Arawalle. Nach dem Begräbnis des Beyer drängte sich die Menge in der Maria Theresienstraße zusammen, pfeifend, pfeifend und jubelnd. Der altdeutsche Abgeordnete Tirols, Stein, hielt trotz des Verbotes eine Ansprache, in der er sagte: „Es gibt nur einen Wunsch in der ganzen Bevölkerung Innsbrucks und Tirols, daß der Statthalter Schwarzenau an den nächsten Laternenpfahl gehängt!“ Als man Stein verhaften wollte, verhinderte es die Menge.

Da sich die Leute anschickten, das Rathaus zu stürmen, saßen zehn Gendarmen vor dem Haupttor Posto, während andere die Menge auseinandertrieben. Der „Tiroler“, ein sonst das deutsche Moment sehr nachdrücklich betonendes christlich-soziales Blatt, stellt fest, daß die Deutschradikalen ihre Ausschreitungen von langer Hand vorbereitet hatten. Sie haben ihre Vorbereitungen zu offen getrieben, als daß man nicht auch in der Idylle der Statthalterei davon hätte Kunde erhalten können. Auch die Italiener haben ihre Entschlüsse nicht bloß im Hergensammerlein besprochen. Es wäre doch ein Leichtes gewesen, durch Geheimpolizisten den ganzen Anschlag kennen zu lernen und wenigstens die ärgsten Ausschreitungen zu verhindern. Und hat man dies veräumt, war es dann nicht möglich, dem grauenhaften Skandal früher ein Ende zu bereiten, der um so größer ist, als er sich in nächster Nähe der Hofburg zutragen hat. Die Untersuchung wird wohl ergeben, wer die erste und wer die größte Schuld an dieser Schandung der Hauptstadt Tirols trägt. Landeshauptmann Dr. Ebenhoch sandte Namens der Bevölkerung Oberösterreichs an den Bürgermeister von Innsbruck folgendes Telegramm ab: „Namens der Bevölkerung spreche ich der durch die erschütternde Mordtat fremder, das Gastrecht unerhört verletzender Studenten schwer heimgesuchten deutschen Stadt Innsbruck und deren Bewohnern innigste Teilnahme und aufrichtigste Sympathie aus.“ Die Trauerkundgebung in der Aula der Wiener Universität verlief am Montag in Ruhe. Nur einige slavische Studenten, die bei der „Nacht am Rhein“ die Kapfen nicht abnehmen wollten, wurden hinausgedrängt. Die Wiener katholischen Korporationen des österreichischen Kartells haben folgende Kundmachung beschlossen: Anlässlich der bedauerlichen Vorfälle in Innsbruck haben sich die gefertigten Wiener Korporationen des österreichischen Kartells verpflichtet, den deutschen Kommilitonen in Innsbruck ihre Sympathie auszusprechen und ihrer Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß der Stadt und Hochschule Innsbruck das deutsche Gebrüde erhalten bleiben muß. Und zugleich erheben sie entschiedene Einsprache gegen das unverantwortliche Vorgehen einer nichtdeutschen Minderzahl auf rein deutschem Boden.

#### Frankreich.

Der geachtete Kriegsminister Andre muß das Bett hüten, derart wurde er zugerichtet. Er hat jedoch den Trost, daß der bähliche Gewaltstreik des nationalistischen Deputierten Eveton ihm und dem Kabinett eine Mehrheit verschafft hat in dem Augenblicke, da sie unmittelbar vor dem Falle standen. Die Untat hat also Herrn Combes und seinem Kabinett schließlich nur genügt, und vor allem hat sie momentan wenigstens die Aufmerksamkeit von den Enthüllungen über das schändliche Denunziationstreiben der Voge abgelenkt. Der „Figaro“ setzt am 7. d. M. seine Angriffe gegen den Kriegsminister fort und veröffentlicht unter anderem einen angeblich im Auftrage des Ministers geschriebenen Brief des Hauptmanns Rollin an den Generalsekretär des Grand Orient Badecard, in welchem derselbe ersucht wird, anlässlich der Verlegung des Kommandeurpostens der Kriegsschule von St. Cyr über drei Generale Erkundigungen einzuziehen, da es notwendig sei, an die Spitze dieser Anstalt einen antikerikanischen Republikaner zu stellen.

#### Italien.

Die Kammerwahlen haben in ganz Italien am Sonntag stattgefunden und einen offensibaren Sieg der monarchistischen und gemäßigten Partei über die radikal-sozialdemokratisch-revolutionären Parteien zu Tage gefördert. In der letzten Kammer befanden sich im ganzen 46 Radikale, 33 Sozialisten und 26 Republikaner, die übrigen Deputierten waren Monarchisten und gemäßigte liberale Abgeordnete. Heute früh waren von 508 Wahlkreisen die Resultate von 437 bekannt. Danach sind jetzt schon gewählt: 276 Ministerielle, 40 Angehörige der konstitutionellen Opposition, 24 Radikale, 24 Sozialisten, 14 Republikaner; bisher sind 65 Stichwahlen erforderlich; davon stehen in 35 Bezirken die Ausichten für die Ministerielle, in 11 für die Kandidaten der konstitutionellen Opposition, in 4 für die Radikalen, in 11 für die Sozialisten und in 4 für die Republikaner günstig. Die römischen Morgenblätter widmen dem Wahlergebnisse freudige Betrachtungen. Der „Popolo Romano“ konstatiert, daß die extremen Parteien eine Anzahl von Sitzen verloren hatten und gerade dort, wo sie ihre Hauptstütze hatten, unterlagen. Die Stimmen, welche auf die Sozialisten entfielen, seien ein Lohn auf die sozialistische Bewegung. Die extremen Parteien hätten stark an Boden verloren, während die konstitutionellen Parteien gestärkt und ermutigt in die Stichwahlen eintreten. „Traccia“ hebt hervor, daß die revolutionären Sozialisten auf der ganzen Linie geschlagen wurden und daß der Sozialismus im allgemeinen kein Terrain gewann. Das Land zeige den Willen, den revolutionären Verheerungen Widerstand zu leisten. Man wird den Ausgang der Wahlen gewiß auch zum Teil der zahlreicheren Wahlbeteiligung der Katholiken zuschreiben dürfen, da diese gerade in den Hauptbezirken der sozialdemokratischen Revolutionäre mit Ermächtigung der Bischöfe gewählt haben durften.

#### Russland.

Die Aufregung in Russisch-Polen über die Mobilmachung will sich nicht legen. Neuerdings schreibt man der „Sch. Volkszgt.“ aus der russischen Grenzstadt Radomsk, 4. November: Gestern fand hier ein schwerer Zusammenstoß zwischen den Reservisten, der Polizei und dem Militär statt, wobei letzteres mit blanker Waffe einhieb und in die Menge mit scharfen Patronen hineinschoß. Ein Kapitän wurde von der Menge totgeschlagen, mehrere Reservisten wurden getötet und viele verwundet. Die Volksmassen drangen in die Kaufmannsläden, plünderten sie und mißhandelten deren Inhaber. Die Branntwein-Monopolstellen wurden vollständig demoliert, der Branntwein wurde ausgetrunken, die Flaschen zerbrochen und die Utensilien demoliert. Eine nach Tausenden zählende Volksmenge bewegte sich unter Abspingung polnischer Nationallieder auf den Straßen.

In Czestochau hat sich die Unruhe noch nicht gelegt, immer von neuem wird versucht, eine demonstrative Danksagung anzunehmen. — Auf der Eisenbahnstation Wlaskow wurden der rätouillierende Gendarm und ein russischer Soldat